

Kohlebagger stoppen, Klimaschutz rocken: Klimapolitische Leitlinien der GRÜNEN JUGEND Brandenburg

Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG kämpft entschlossen für einen wirksamen Klimaschutz in unserem Bundesland, um sowohl die landeseigenen Klimaziele, wie auch jene die sich aus den Zielen des Bundes und dem internationalen Abkommen von Paris ergeben, einzuhalten. Dies ist momentan akut bedroht durch das Regierungsgebahren der rot-roten Koalition. Diese passt ihre Klimaziele nach Gusto Industrieinteressen an und Teile des Kabinetts hetzen offen gegen Klimaschutz. Wirtschaftsminister Gerber bläst mit seinem Gefasel von vermeintlich ökoradikalen Positionen in seiner kohlefrommen Partei in das gleiche Horn wie die AfD und offenbart auf erschreckende Art und Weise, dass Kleinreden und Leugnen des Klimawandels inzwischen wieder salonfähig geworden sind. Dies ist umso dramatischer, da in diesem Jahr wie selten zuvor die hässliche Fratze des Klimawandels sichtbar geworden ist. Extremwetterereignisse wie kürzlich Xaver oder die extremen Regen Ende Juni in der Region, Hurrikans wie Harvey und Irma, Dürren in Kenia zeigen alle, dass der Klimawandel sich nicht mehr leugnen lässt. Wir müssen ihm jetzt entschlossen begegnen, denn wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommt und die letzte, die wirksam etwas dagegen unternehmen kann. Mit den Verhandlungen zu einer Regierungsbeteiligung von Bündnis90/Die Grünen auf Bundesebene trägt unsere Partei entscheidende Verantwortung endlich Klimaschutz in Deutschland verbindlich gesetzlich zu regeln und diesen nicht nur Regierungsprogrammen und dem Wohlwollen von Landesregierungen zu überlassen. Das Klimaschutzgesetz braucht einen funktionierenden Sanktionsmechanismus um renitente Kohle versessene Landesregierungen auf Kurs bringen zu können. Ungeachtet der momentan stattfindenden Debatten auf Bundesebene fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG für unsere Region folgende Maßnahmen einer schlagkräftigen Klimapolitik:

Braunkohleausstieg in Brandenburg umsetzen

Brandenburg hat die höchsten Pro-Kopf CO₂-Emissionen aller deutschen Bundesländer. Schuld daran sind unsere Braunkohlekraftwerke. Sie sorgen für jede*n Brandenburger*in für 22,9 t CO₂ pro Jahr und damit mehr als doppelt so viel wie die durchschnittliche Bundesbürgerin (9,3 t p.a.) und sogar mehr als die vermeintlich notorischen Klimasünder*innen in den USA (ca. 17t p.a.). 63 % der CO₂-Emissionen stammen dabei aus der Braunkohlenverstromung. Damit muss Schluss sein, es darf keine neuen Tagebaue oder Erweiterungen bestehender im Land geben. Pläne für neue Braunkohlekraftwerke müssen ad acta gelegt werden.

Subventionierung der Kohle beenden

Solange noch gebaggert wird, muss die indirekte Subventionierung der Braunkohle aufhören. Dafür müssen die Bündnisgrünen bei einer Regierungsbeteiligung im Bund dafür sorgen, dass wir ein neues Bergrecht und einen CO₂-Mindestpreis bekommen. Momentan spart sich die LEAG jährlich mehrere Millionen Euro an Kosten der Wasserentnahme. Der Europäische Emissionshandel greift nicht und der Preis für CO₂-Zertifikate ist viel zu niedrig, um wirklich Druck auf die Industrie auszuüben. Verschmutzung, die reelle Schäden für Alle verursacht, muss durch die Verursacher ausgeglichen werden.

Runter von der Bremse bei der Energiewende

Auch wenn Brandenburg ein absoluter Klimasünder ist, steht das Land mit einem Anteil Erneuerbarer im Strommix von knapp über 60% im oberen Drittel im Vergleich mit den anderen Ländern recht gut da. Der zunehmende Ausbau von Erneuerbaren Energien trifft, wie auch beim Bau klassischer Kraftwerke, natürlich nicht überall auf Gegenliebe. Die Landesregierung darf diese lokale Ablehnung aber nicht weiter instrumentalisieren, um gegen einzelne Energieträger wie die Windenergie mobil zu machen. Da mittelfristig eine komplette Dekarbonisierung, also ein komplettes Ende der CO₂-Emissionen, angestrebt werden muss, wird der Bedarf an Elektroenergie weiterwachsen. Das Land darf also nicht bei seinen bisherigen Ausbauzielen stehen bleiben und muss auch bei der

Erzeugung Erneuerbarer Energien weiter auf Effizienz setzen und Repowering von bestehenden Windenergiestandorten nicht übermäßig regulieren.

Verkehrswende einleiten

Brandenburg ist ein Flächenbundesland. Bisher kommt man viel zu häufig nur mit dem eigenen Auto durch Prignitz und Spreewald. Das Land ist dafür zuständig flächendeckende, schnelle und bezahlbare Verbindungen mit dem Öffentlichen Nahverkehr zu schaffen. Natürlich ist nicht jede Autofahrt sinnvoll zu ersetzen, aber es ist noch viel, viel Luft nach oben. Wo Autofahren unabdingbar ist braucht das Land eine funktionierende Infrastruktur für E-Mobilität. Die Technologie ist schon jetzt vorhanden und die Modelle haben ausreichende Reichweiten für Alltagswege im Land, doch ohne Ladestationen kommt man nicht weit.

Mit der Eröffnung des Flughafen BER werden deutlich mehr Emissionen aus dem Flugverkehr dem Land Brandenburg in der Gesamtrechnung zugeschlagen werden. Dies ist gerechtfertigt, macht aber das Erreichen der Klimaziele noch schwieriger. Daher muss das Land Brandenburg auch jeglichen Ausbaubestrebungen des Flughafens eine klare Absage erteilen. Der Gerichtsentscheid zur dritten Startbahn in Wien hat gezeigt, dass Klimaschutz in Planungsprozessen nicht nur eine hypothetische Größe ist, sondern bei Großprojekten eine zentrale Rolle spielen muss.

Gebäudebestand fit für die Zukunft machen

Das Land selber ist im Besitz vieler Immobilien. Bei Ihnen muss das Land vorangehen und umfassend in Energieeffizienz investieren. Unterstützung vom Land brauchen insbesondere die finanzschwachen Kommunen bei der Ertüchtigung von Kindergärten, Schwimmbädern und Bibliotheken, um dort nicht nur auf Substanz zu wirtschaften, sondern energetisch zu sanieren und Betriebskosten sparen zu können.

Landwirtschaft klimafreundlicher gestalten

Leider erhebt das Land Brandenburg keine Zahlen zu den Klimaeffekten der Landwirtschaft. Vom Umweltbundesamt wissen wir, dass Landwirtschaft für 7,4 % der Emissionen in Deutschland verantwortlich ist. Brandenburgs Nutzfläche hat

einen hohen Anteil entwässerter Moorböden, die weiter anhaltende Zersetzung dieser stark kohlenstoffhaltigen Böden verursacht besonders hohe Emissionen. Auch der Bestand an Nutztieren, wenn auch unter Bundesdurchschnitt, emittiert Treibhausgase. Daher ist es unverständlich das Minister Vogelsänger Seit an Seit mit der Agrarlobby dafür eintritt den Tierbestand weiter zu erhöhen und sich dabei von einem von 104.000 Brandenburger*innen unterzeichneten Volksbegehren in keinster Weise bremsen lässt.

Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG appelliert an alle Verantwortungsträger*innen im Land Klimapolitik mit vollem Einsatz zu machen, damit Brandenburg seinen Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit leisten kann. Von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten wir in Europa, Bund und Land, in Fraktionen und Regierung, dass sie immer darauf pochen internationale Klimaverpflichtungen einzuhalten und andere Regionen weltweit dabei zu unterstützen sich den Folgen des Klimawandels anzupassen.